

**Eingang:**

05.05.2021

**Dringlicher Antrag  
der CDU-Fraktion  
gemäß § 17 (3) GOS**

**Corona-Informationen in anderen Sprachen**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. die aktuellen Corona-Regelungen in den in Frankfurt gängigen Sprachen zur Verfügung zu stellen und die bereits veröffentlichten mehrsprachigen Informationen des Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten (Amka) laufend zu aktualisieren und für eine erhöhte Sichtbarkeit besser mit den Webseiten der Stadt Frankfurt sowie der Ausländerbehörde zu vernetzen,
2. ausländischen Konsulaten sowie migrantischen Vereinen und Initiativen gezielt Materialien in der jeweiligen Sprache zur Verfügung zu stellen, um die Informationsweitergabe über deren Verteiler und Webauftritte zu unterstützen,
3. verstärkt soziale Medien und alternative Informationsformate zu nutzen, um möglichst breite Teile der Bevölkerung mit den aktuellen Informationen zu Schutzmaßnahmen während der Corona-Pandemie zu erreichen.

**Begründung**

In Frankfurt beträgt der Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund 54 %. Viele verstehen nicht gut genug Deutsch, um die komplexen Corona-Regeln richtig zu verstehen. Die auf Frankfurt.de zu findenden Informationen in deutscher und leichter Sprache zur Maskenpflicht in der Innenstadt, Gesetzestexten und Allgemeinverfügungen der Stadt Frankfurt sind lediglich ergänzt durch einen schwer zu findenden Verweis auf die mehrsprachigen Informationen des Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten (Amka), die inhaltlich ausgebaut und beständig aktualisiert werden

müssten. So sind dort derzeit zur Maskenpflicht in der Innenstadt und anderen Themen beispielsweise nur Informationen vom 15. März 2021 zu finden (Stand 04.Mai 2021). Wenn die Stadt erfolgreich die Pandemie bekämpfen will, muss sie ihre Bevölkerung erreichen- auch ihre Bürger mit ausländischen Wurzeln. Die Migrantinnen und Migranten in Frankfurt sind in der Regel sehr daran interessiert sich über die aktuellen Corona-Schutzmaßnahmen und Bestimmungen zu informieren, benötigen jedoch schnell auffindbare, aktuelle und klar formulierte Informationen in ihrer jeweiligen Sprache. Diese können über die jeweiligen Netzwerke und deren vorrangige Kommunikationskanäle sowie alternative Informationsformate (wie z.B. Podcasts) wirkungsvoll und schnell verbreitet werden.

Eine kluge mehrsprachige Informationspolitik unter Einbindung der Konsulate, der Migrantenvereine, aber auch der sozialen Medien, wäre ein hoch wirksamer Beitrag zur Pandemiebekämpfung.

Dr. Nils Köbler  
Fraktionsvorsitzender

Antragstellerinnen und Antragsteller:

Stv. Stephan Siegler